

ren Abgrenzungen, zu Dualismen greift. So ist die Forderung einer Trennung von Kirche und Staat von Theologen erhoben worden, lange bevor sie nun im politischen Raum diskutiert wird. Auch die Trennung von Ethos und Recht, beruhend auf einer Trennung von Innen und Außen, ist nicht denkbar ohne die reformatorische Tradition. Daß eine reformatorische Denkform das neuzeitliche Denken nachhaltig geprägt hat, ist nicht zu bezweifeln. Erinnert werden soll hier nur noch an Kants Trennung von Legalität und Moralität oder an Max Webers Trennung von Wis-

senschaft und Wert. Daß Dualismen dieser Art höchst problematisch sind und mindestens inzwischen als nicht mehr angemessen angesehen werden, zeigt sich bei *Niklas Luhmann*, wenn er für die Soziologie feststellt, „daß der Stil dichotomischer Kontroversen, die die bisherige Geschichte der Soziologie animiert und vorwärtsgetrieben haben, auf viel zu einfachen Grundannahmen beruht und nicht länger beibehalten werden kann“ (in: J. Habermas – N. Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*, Frankfurt 1971, 90). *Ernst Feil*

Politische Perspektiven

Bewegungen im Weltkommunismus

Eine Dokumentation zur Berliner Konferenz kommunistischer Parteien

Nach über zweijährigem Tauziehen fand am 29. und 30. Juni 1976 in Ost-Berlin endlich die bis zuletzt fragliche Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas statt. In der schon vor Konferenzbeginn von einer Redaktionskommission in zahlreichen Sitzungen fertiggestellten und während des Kongresses nicht mehr veränderten Deklaration wurden die nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien Europas nach Abschluß der KSZE-Vereinbarungen fixiert. Ungeachtet offen zum Ausdruck gekommener programmatischer und taktischer Meinungsverschiedenheiten zwischen orthodox- und reformkommunistischen Parteien ist eine einheitliche Grundhaltung unverkennbar: Bekenntnis zum Klassenkampf und zur Veränderung des „sozialen“ Status quo in Europa und in der Welt durch Überwindung des Kapitalismus, so wie Kommunisten ihn verstehen.

Alle strittigen Fragen der Theorie und der revolutionären Praxis wurden in der Deklaration ausgeklammert, kamen jedoch in komprimierter Form in einigen Kongreßreden deutlich zum Ausdruck. Die Konferenz konnte nur stattfinden, weil vornehmlich die Sowjetunion in grundsätzlichen und taktischen Fragen Konzessionen machte und – um ein Scheitern der Konferenz bzw. eine Abspaltung des „Eurokommunismus“ zu vermeiden – den „Reformkommunismus“ in Italien, Jugoslawien und Frankreich als rechtmäßig tolerierte. Die KPdSU mußte sich mit Gegebenheiten abfinden. Der „Eurokommunismus“ gilt nicht mehr als Abweichung, sondern als legitime Richtung, wenn er von ganzen Parteien getragen wird. In den nächsten Jahren werden in Europa also im wesentlichen zwei Grundvarianten des Kommunismus miteinander koexistieren und genötigt sein, ihre Einflußbereiche zu re-

spektieren. Die regierenden kommunistischen Parteien werden sich weiterhin unverkürzt der marxistisch-leninistischen Doktrin mit ihrem Kern der Lehre von der Diktatur des Proletariats verpflichtet fühlen, die nichtregierenden kommunistischen Parteien, die an die Macht kommen wollen, werden dagegen geneigt sein, sich reformkommunistisch, unabhängig und nationalbewußt zu geben und zu profilieren und sich gegenüber theoretischen Dogmen taktisch und strategisch flexibler zu verhalten.

Erstmals konferierte man auf einer Kommunistenkonferenz im KSZE-Stil, d. h., es gab den Grundsatz der Einstimmigkeit und der Öffentlichkeit. Der Weltkommunismus gab sich damit transparenter. Übereinstimmungen und Differenzen programmatischer wie taktischer Art kommen am deutlichsten in den Reden *Breshnews*, *Berlinguers* und *Titos* zum Ausdruck. Wir dokumentieren einige besonders bemerkenswerte Passagen aus diesen Reden.

Breshnew: Kommunistische Solidarität für Befreiung und Fortschritt

Das herausragendste Merkmal an der Rede Breshnews war neben dem wenigstens *verbalen Verzicht auf die Hegemonie der Sowjets das strikte Festhalten am proletarischen Internationalismus bei sehr flexibler Umschreibung, was darunter zu verstehen und wie er zu praktizieren sei*. Die Verteidigung des eigenen Systems entbehrte nicht einer gewissen defensiven Note. Die Feststellung, die kommunistischen Länder seien über den Westen besser informiert als der Westen über Ostländer, wird man wohl am besten als ungewollte Selbstironie interpretieren.

„Unsere Parteien wirken unter verschiedenen Bedingungen und lösen verschiedene Aufgaben, wobei sie ihre Taktik und Strategie der konkreten Situation in ihrem Lande anpassen. Aber alle sind wir Teilnehmer des gleichen Kampfes; alle bewegen wir uns in einer Richtung, und uns alle eint das gemeinsame edle Endziel. Deshalb ist es für uns, die Kommunisten Europas, von Nutzen, im Interesse unserer gemeinsamen Sache einen Meinungs-austausch zu führen und ein so wichtiges und aktuelles Thema wie den Frieden, die Zusammenarbeit, die Sicherheit und den sozialen Fortschritt in Europa zu erörtern... Heute ist klarer denn je zu erkennen, daß der Imperialismus nicht länger in der Lage ist, Europas Schicksal zu diktieren... Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz sind zur führenden Tendenz in den zwischenstaatlichen Beziehungen geworden. Der beste Ausdruck dafür ist der Erfolg der Gesamteuropäischen Konferenz unter Beteiligung der USA und Kanadas gewesen. Das war ein gewaltiger politischer Sieg der Kräfte des Friedens. Die Schlußakte der Konferenz ist ein reichhaltiger, vielseitiger Kodex des friedlichen Verkehrs und der Zusammenarbeit der Staaten. Wir sind bestrebt, alle ihre Leitsätze in die Praxis umzusetzen...

Er hat aber die Kräfte der Reaktion des Militarismus, diejenigen, die Europa und die ganze Welt zurück, in die Zeiten des kalten Krieges und des Balancierens am Rande einer nuklearen Katastrophe, versetzen möchten, aufmerken lassen und aktiviert... Der Widerstand dieser verschieden gearteten Kräfte gegen die Entspannung nimmt unterschiedliche Formen an. Entscheidend ist aber die Absicht, das bereits ins nie dagewesene gesteigerte Wettrüsten noch weiter hochzuschrauben...

Entgegen dem gesunden Menschenverstand wird den sozialistischen Ländern die ‚Verantwortung‘ für interne politische Ereignisse in anderen Staaten, für Bürgerkriege und nationale Befreiungskriege in die Schuhe geschoben. Die Spießherren werden mit ‚Horden russischer Panzer‘ geschreckt; man versucht, ihnen einzureden, die UdSSR und die anderen Länder des Warschauer Vertrages steigerten ihre Rüstungen ins Ungeheure und bereiteten ‚einen Krieg gegen Westeuropa‘ vor...

Die Sowjetunion ist die einzige Großmacht, die ihre Rüstungsausgaben nicht jahraus, jahrein steigert und die für eine abgestimmte allgemeine Reduzierung der Militärbudgets der Staaten eintritt. Indessen steigt das Militärbudget der USA ununterbrochen. Es ist bereits über 100 Mrd. Dollar hinausgegangen. Was aber die westeuropäischen Mitgliedstaaten der NATO betrifft, so sind ihre Rüstungsausgaben innerhalb der fünf Jahre von 1971 bis 1975 auf mehr als das Doppelte angestiegen... Von erst-rangiger Bedeutung wäre natürlich der erfolgreiche Abschluß der sich in die Länge ziehenden Ausarbeitung eines neuen Abkommens über die Einschränkung der strategischen Rüstungen. Die UdSSR legt in dieser Frage nach wie vor guten Willen und ein konstruktives Verhalten an den Tag...

Die Schaffung der für einen dauerhaften Frieden zur unerläßlichen Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Staa-

ten erfordert, daß die Völker einander immer besser kennen und verstehen lernen. Gerade von diesem Standpunkt aus betrachten wir vor allem die Frage des kulturellen Austausches und der menschlichen Kontakte in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit...

Insgesamt sind die Völker der sozialistischen Länder wesentlich besser über das Leben im Westen informiert als die werktätigen Massen der kapitalistischen Länder über die sozialistische Wirklichkeit...

Um die Anziehungskraft des Sozialismus abzuschwächen, um ihn anzuschwärzen, hat die bürgerliche Propaganda den Mythos von einer ‚abgeschlossenen Gesellschaft‘ erfunden. Es wird behauptet, die sozialistischen Länder mieden den Umgang mit anderen Völkern, sie wichen einem Austausch von Informationen und einer Entwicklung von Kontakten unter den Menschen aus.

Wenden wir uns auch hier den Tatsachen zu. Allein im vergangenen Jahr besuchten mehr als 58 Mio. ausländische Gäste die RGW-Staaten. Und ihrerseits reisten rund 35 Mio. Bürger der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft ins Ausland...

Nein, die Länder des Sozialismus sind keine ‚abgeschlossene Gesellschaft‘. Wir sind offen für alles, was wahr und ehrlich ist. Und wir sind bereit, mit allen Mitteln die Kontakte zu mehren und dazu die günstigen Bedingungen der Entspannung auszunutzen. Aber unsere Tore werden immer geschlossen sein für Druckerzeugnisse, die Krieg, Gewalt, Rassismus und Menschenhaß propagieren. Um so mehr werden sie geschlossen sein für die Emissäre ausländischer Geheimdienste und der von ihnen aufgezogenen sowjetfeindlichen Emigrantenorganisationen...

Die Entwicklung der Ereignisse in der Welt wird immer mehr durch die antiimperialistischen Kräfte bestimmt, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Gewaltanwendung und Willkür in den internationalen Angelegenheiten kämpfen. Und sehr viel hängt von der Geschlossenheit dieser Kräfte selbst, von ihrem Zusammenwirken ab. Die brüderliche Solidarität der sozialistischen Länder vergrößert die Macht eines jeden von ihnen... Eine riesige Rolle spielt das Zusammenwirken der Kommunisten der sozialistischen Länder und der kapitalistischen Länder.

Jede kommunistische Partei ist aus der Arbeiterbewegung des Landes hervorgegangen, in dem sie wirkt. Und sie verantwortet ihre Handlungen in erster Linie vor den Werktätigen des eigenen Landes, deren Interessen sie zum Ausdruck bringt und vertritt... Was aber den proletarischen Internationalismus betrifft, d. h. die Solidarität der Arbeiterklasse, der Kommunisten aller Länder im Kampf um die gemeinsamen Ziele, ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt, die freiwillige Zusammenarbeit der Bruderparteien unter strikter Wahrung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit einer jeden von ihnen, so sind wir der Meinung: diese kameradschaftliche Solidarität, deren Bannerträger die Kommunisten schon seit mehr als 100 Jahren sind, behält ihre ganze große Bedeutung auch heute restlos bei. Sie war und bleibt eine mächtige und bewährte Waffe der

kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegung überhaupt.

Nebenbei gesagt, liefert die internationale Bourgeoisie – unser gemeinsamer Klassengegner – viele Beispiele einer internationalen Abstimmung ihres Vorgehens im Kampfe gegen die revolutionären Kräfte... Gegenwärtig, da sich in manchen Ländern Westeuropas die Perspektive einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten deutlich abzeichnet, haben die reaktionären Kreise, besonders im NATO-Lager, eine Kampagne offener Druckanwendung, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten solcher Länder gestartet. Und beachten Sie, Genossen, wogegen sie zu Felde ziehen: Sie greifen die Ergebnisse allgemeiner Wahlen an. So zeigt es sich, daß die imperialistischen Politiker, die ein so großes Geschrei über Demokratie und Freiheit anstimmen, in Wirklichkeit bereit sind, das eine wie das andere nur insofern zu dulden, als dadurch Ihre Machtvollkommenheit nicht berührt wird...

Wir verfolgen die Tätigkeit unserer Genossen aus der kommunistischen Familie mit großer Aufmerksamkeit und gehen davon aus, daß der Prüfstein für die Richtigkeit oder auch für die Fehlerhaftigkeit dieser oder jener Thesen nur die praktische Erfahrung sein kann. Aber noch ehe die Praxis ihr endgültiges Urteil fällt, besteht die Möglichkeit und Notwendigkeit, diese Thesen in einer kameradschaftlichen Diskussion, durch weitgehendes Vergleichen der Standpunkte und Erfahrungen verschiedener Parteien zu prüfen...

Die Achtung vor den Ansichten jedes Teilnehmers, die demokratische und wirklich kameradschaftliche Atmosphäre der Diskussion, der gründliche Vergleich der Erfahrungen verschiedener Parteien und die freundschaftliche Aufmerksamkeit gegenüber den Interessen der Partner haben es uns allen ermöglicht, gemeinsame Einschätzungen und Schlußfolgerungen betreffs einer Anzahl aktueller Probleme zu finden, die heute für die Völker Europas und der ganzen Welt von größter Bedeutung sind. Wir konnten ein wichtiges Dokument zu diesen Fragen erarbeiten, das auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus basiert.“

Enrico Berlinguer: Ein Wesenszug jeder kommunistischen Partei ist der Internationalismus

Der italienische Kommunistenführer Enrico Berlinguer erschien in Ost-Berlin als der *natürliche Gegenpart der sowjetischen Führung*; diese Rolle wurde ihm durch das Ergebnis der italienischen Parlamentswahlen vom 20. Juni, die die KPI mit 34 Prozent der Stimmen wohl auf lange Sicht als die zweite politische Kraft neben den christlichen Demokraten etablierten, erleichtert. Auch wenn der Stimmenzuwachs der Kommunisten gegenüber dem Erdbeben der Regionalwahlen vom 15. Juni gebremst wurde (durchschnittlicher Zuwachs von 1975 auf 1976 zwischen 1 und 2 Prozent), wurden die Kommunisten damit bis an

den Rand der Mehrheitsfähigkeit in einer möglichen Koalition mit den übrigen Linksparteien, speziell mit den Sozialisten, herangeführt. Es versteht sich von selbst, daß in dieser strategischen Lage der Führer der italienischen Kommunisten den Anspruch auf den „eigenen Weg von Sozialismus“ und die Unabhängigkeit gegenüber den Sowjets besonders einprägsam artikulierte. *An der Überwindung des Kapitalismus und an der internationalen Solidarität der Kommunisten hat sich auch für Berlinguer nichts geändert.*

„Uns allen gemeinsam ist der Wille, für neue Fortschritte in der Entspannung auf unserem Kontinent zu wirken. Vor einem Jahr haben in Helsinki alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada die in den vergangenen Jahren auf dem Wege der Festigung und des Friedens und der Sicherheit in Europa gewonnenen Ergebnisse sanktioniert und die grundlegenden Kriterien vereinbart, die die weitere Entwicklung der Entspannung und der Zusammenarbeit bestimmen sollen.

Hinter uns liegt die dunkle Zeit des kalten Krieges, die mehrfach die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen drohte und sich so sehr negativ auf die innere wirtschaftliche und politische Lage der einzelnen Länder ausgewirkt hat. Durch die Konvergenz der hartnäckigen Bemühungen der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten und der realistischen Tendenzen, die sich in den USA und in verschiedenen anderen Ländern der westlichen Welt durchgesetzt haben, durch den Widerstand, die Kämpfe und Siege der nationalen Befreiungsbewegungen auf allen Kontinenten sowie durch das machtvolle Streben der Völker nach einem Leben in Frieden wurde es möglich, den kalten Krieg zu überwinden. Ein bedeutender Beitrag zur Herstellung immer konstruktiverer Beziehungen in Europa und in der Welt wurde und wird auch von den nicht paktgebundenen Staaten, darunter dem sozialistischen Jugoslawien, geleistet...

Jedes Volk hat das unbestreitbare Recht, frei die Form seiner Entwicklung und seiner Regierung zu wählen. Wir z. B. treten dafür ein, daß das italienische Volk im Rahmen der internationalen Bündnisse, denen unser Land angehört, selbständig, ohne jede fremde Einmischung über seine politische Führung entscheiden kann.

Unserer Meinung nach besteht der Hauptweg zur Weiterführung der Entspannung in der Entwicklung der Zusammenarbeit und Reduzierung der Rüstungen im Schutz der Garantien der gegenseitigen Sicherheit ohne einseitige Veränderungen im strategischen Gleichgewicht zwischen dem Nordatlantikpakt und dem Warschauer Vertrag, um somit zur schrittweisen Auflösung der Blöcke zu gelangen. Von grundlegender Bedeutung war und bleibt unseres Erachtens die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA. Es ist aber ebenso wichtig, daß jedes europäische Land sich aktiv am allgemeinen Prozeß der Entspannung und friedlichen Koexistenz beteiligt und ihn mit seiner eigenen Initiative bereichert...

Ein Wesenszug jeder kommunistischen Partei ist der Internationalismus. Das bedeutet, sich als Mitstreiter und Prot-

tagonist zu fühlen in der Aktion, die im eigenen Lande und in internationalen Maßstab entfaltet wird, in der gesamten Bewegung der Werktätigen und der Völker, die für ihre eigene gesellschaftliche und politische Befreiung, für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Fortschritt der ganzen Menschheit kämpfen. Diese Bewegung geht nunmehr über die kommunistische Partei hinaus. Sie umfaßt ein sehr unterschiedliches Gefüge politischer und gesellschaftlicher Kräfte verschiedener geistiger Ausrichtung. In dieser so breiten und differenzierten Bewegung herrscht die Tendenz vor, die darauf drängt, eine Lösung der Probleme der heutigen Gesellschaft auf einem Wege zu suchen, der zum Sozialismus führt...

Ein jeder von uns erinnert sich noch gut an die großen Geschehen dieser ganzen Periode der europäischen Geschichte. Tatsache ist, daß gerade nach dem Sieg über die nazifaschistische Barbarei die fortgeschrittenste Arbeiterbewegung Westeuropas in ihrer Gesamtheit aus einer Reihe objektiver und subjektiver Gründe, die man an diesem Ort sicherlich nicht analysieren kann, im wesentlichen auf der Stelle treten mußte. Das Haupthindernis war gewiß der Kalte Krieg.

Heute stellt sich angesichts einer neuen internationalen Situation und angesichts der immer offenkundigeren Unfähigkeit des Kapitalismus, eine positive Antwort auf die großen Probleme der ökonomischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Fortschritts zu geben, erneut die Aufgabe, nicht nur über die bis jetzt gewonnenen sozialistischen Erfahrungen nachzudenken, sondern auch neue Wege zum Sozialismus in den Ländern des europäischen Westens zu suchen.

Welche Wege, welcher Sozialismus? Die von den Sozialdemokraten beschrittenen Wege haben sich, obgleich sie in diesem oder jenem Land bestimmte Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Werktätigen erreichten, als unfähig erwiesen, zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus zu führen. Andererseits entsprechen die in den Ländern Osteuropas verfolgten Modelle nicht den besonderen Bedingungen und den Orientierungen der großen Arbeiter- und Volksmassen der Länder des Westens...

In Italien, wo die Arbeiterklasse und unsere Partei die Hauptkräfte im Kampf für die Eroberung die Verteidigung und die Entwicklung der Demokratie waren und sind, kämpfen wir für eine sozialistische Gesellschaft, die sich gründet auf die Bekräftigung des Wertes der persönlichen und kollektiven Freiheiten und ihrer Garantie; der Prinzipien des weltlichen, nicht ideologischen Charakters des Staates und seiner demokratischen Artikulierung; der Pluralität der Parteien und der Möglichkeit, sich entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Regierung abzuwechseln; der Autonomie der Gewerkschaften, der religiösen Freiheiten, der Freiheit des Ausdrucks, der Kultur, der Kunst und der Wissenschaften.

Auf ökonomischem Gebiet geht es darum, eine Entwicklung der Produktivität mittels einer demokratischen Programmierung zu sichern, die sich auf die Existenz und die

positive Funktion verschiedener Formen öffentlicher und privater Initiativen und Leitungsformen stützen und die alle auf die Befriedigung der Hauptbedürfnisse der Menschen und der nationalen Gemeinschaft gerichtet sind. Es ist sehr bedeutsam, daß einige andere kommunistische und Arbeiterparteien Westeuropas mittels eigenständiger Untersuchungen zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt sind...

Wir halten es für sehr bedeutend, daß es im Verlauf der Beratungen, die diese Konferenz vorbereiteten, möglich wurde, zu Formulierungen in bezug auf die Beziehungen zwischen unseren Parteien zu gelangen, die uns richtig und korrekt erscheinen.

Die Solidarität zwischen unseren Parteien gründet sich auf die Anerkennung der Tatsache, daß jede Partei ihre eigene innere und internationale politische Linie selbständig erarbeitet und darüber in völliger Unabhängigkeit entscheidet. Sie gründet sich auf die genaue Beachtung der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, auf die Achtung der freien Wahl von verschiedenen Wegen im Kampf für die Umwandlung der Gesellschaft und für den Aufbau des Sozialismus...

Es ist für uns z. B. eine offensichtliche Tatsache, daß die Weiterentwicklung des Marxismus nicht Schritt gehalten hat mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit der politischen Praxis. Oft beschränkt man sich darauf, stereotype Formulierungen zu benutzen, mit Zitaten zu kämpfen oder jede Position, die von der eigenen abweicht, willkürlich in dem einen oder anderen Sinne als revisionistisch zu etikettieren. Wie es keine führende Partei und keinen führenden Staat gibt und geben kann, so ist ebenso wahr, daß auch auf theoretischer Ebene die Entwicklung des Marxismus der Mitwirkung vielfältiger Beiträge von Parteien und einzelnen anvertraut ist. Gerade aus der Art und Weise, wie unsere großen Lehrmeister gewirkt haben, muß die Hinwendung zum kritischen Geist der Ansporn zur unaufhörlichen Erneuerung der politischen Arbeit und der Praxis kommen, derart, daß der Entwicklung der realen historischen Prozesse Rechnung getragen wird.

Es ist unsere Auffassung, daß die Achtung gegenüber dem Prinzip der Nichteinmischung nicht die Freiheit ausschließen kann, theoretische und politische Positionen anderer Parteien sowie bestimmte Ereignisse des internationalen Lebens und der Arbeiterbewegung zu beurteilen. Alle wissen z. B., daß wir italienischen Kommunisten zwar stets die großen Errungenschaften der sozialistischen Länder betont haben, aber auch mehrmals kritische Urteile abgaben, entweder über bestimmte Ereignisse und Situationen (wie z. B. in der Tschechoslowakei) oder über allgemeinere Probleme hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus in verschiedenen sozialisti-

schen Ländern. Die Genossen anderer kommunistischer und Arbeiterparteien haben ihrerseits explizit oder indirekt in ihren Reden oder in Artikeln kritische Meinungen gegenüber unseren Orientierungen und Überzeugungen zum Ausdruck gebracht...

Wenn wir auch diese kritischen Meinungen nicht teilen, so halten wir es doch für legitim, daß sie zum Ausdruck gebracht werden. Unser Wunsch ist sogar, daß sich zu diesen großen Themen die Diskussion in der Arbeiterbewegung weiter entwickelt, natürlich im Geiste der Freundschaft und des Verständnisses, aber auch in einer freieren und offeneren Art und Weise. Auch dieser freie Meinungsstreit kann dazu beitragen, die Anziehungskraft des Sozialismus, besonders in der jungen Generation, zu erhöhen.“

Josip Broz Tito: Einmischung in andere Länder gefährdet den Frieden

Verglichen mit den Reden von Breshnew und Berlinguer, die gewissermaßen als Stimmführer unterschiedlicher Richtungen in Erscheinung traten, kommt in der Rede von Tito mehr eine Mittelposition zum Ausdruck. Immerhin ist zu bedenken, daß erstmals nach rund 30 Jahren eine jugoslawische Delegation auf einer Internationalen Kommunistenkonferenz mitwirkte. Jugoslawien, das viele Jahre als abweichlerisch, ja zum Teil als abtrünnig galt, wurde in die lose Gemeinschaft der kommunistischen Parteien Europas formell integriert, selbstverständlich bei Wahrung bestimmter eigener Grundpositionen. Nachdem die Warschauer Paktstaaten gegenüber reformkommunistischen Ideen in anderen Staaten toleranter geworden sind, ist ein begrenzter Annäherungsprozeß der jugoslawischen Kommunisten unverkennbar. Tito stellte in seiner Rede ebenfalls die Prinzipien der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung als Grundlage innerkommunistischer Zusammenarbeit heraus und plädierte für „die Notwendigkeit unterschiedlicher Wege im Kampf für den Sozialismus und in seinem Aufbau“. Mit Nachdruck betonte er den universalen Charakter der Entspannung und wünschte eine Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über die Abrüstung. Bemerkenswert waren Titos Ausführungen zur Nichtpaktgebundenheit und zur Friedenssicherung:

„Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit ist zu einem starken internationalen Faktor herangewachsen, der seine Politik und Stellungnahmen unabhängig und selbständig festlegt und ohne den die Probleme der Welt nicht mehr erfolgreich gelöst werden können. Die nichtpaktgebundenen Länder leisten der imperialistischen Politik und Domination jeder Art einen direkten Widerstand. Ihr Kampf ist Ausdruck des globalen progressiven und revolutionären Prozesses, der charakteristisch für unsere Epoche ist... Die Politik der Nichtpaktgebundenheit ist die dauernde Orientierung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und unseres Bundes der Kommunisten. Indem

sich die Arbeiterklasse, die Völker und Nationalitäten Jugoslawiens am internationalen Leben und insbesondere an der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder aktiv beteiligen, erfüllen sie ihre internationalistische Pflicht gegenüber der Weltgemeinschaft und dem Fortschritt der Menschheit. Das bewiesen wir durch Taten bei jeder Gelegenheit, als wir alle diejenigen unterstützten, die für Freiheit, Unabhängigkeit und den gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt kämpften und kämpfen...

Wenn vom Frieden gesprochen wird, so muß hervorgehoben werden, daß gerade die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder den Frieden gefährdet und immer wieder Konflikte zwischen den Ländern in Europa und überall in der Welt veranlaßt hat. Darum widersetzen wir uns – und werden es auch weiterhin tun – allen Arten der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Jede Einmischung von außen, in welcher Form sie auch kommen mag, fügt dem Frieden, der Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern in Europa und in der ganzen Welt einen unmittelbaren Schaden zu.

In der letzten Zeit lassen sich indessen wiederum verschiedene Theorien hören, die offen oder verhüllt die Politik der Interessensphären propagieren und das Recht der Völker auf Unabhängigkeit und selbständige Entwicklung bestreiten. Das steht im Gegensatz zu den Beschlüssen von Helsinki und zur Charta der Vereinten Nationen und ist auf Widerstand und Verurteilung nicht nur seitens der Kommunisten, sondern auch der übrigen fortschrittlichen Kräfte und auch der breitesten Öffentlichkeit gestoßen.“

Fazit: Eher verbale als substantielle Konzessionen

Wenn man die vorstehenden Auszüge kurz zu bewerten sucht, so ist festzustellen, daß auch in der Rede von Breshnew es einige interessante Ansätze gibt, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen und sich flexibler zu verhalten. In der Rede von Berlinguer kommen in konzentrierter Form Grundansichten des Reformkommunismus zum Ausdruck. Wenngleich nach früheren Maßstäben die Ausführungen von Berlinguer kommunistische Ketzerei darstellen, so wäre es verfehlt, die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien als Niederlage der Sowjetunion zu bewerten. Das Fehlen des Begriffs „proletarischer Internationalismus“ in der Konferenzdeklaration ist eher eine verbale als eine substantielle Konzession. Das Bekenntnis Titos zur Blockfreiheit ist für die Sowjetunion in der gegebenen Weltlage nicht unvorteilhaft. Immerhin kann im Lager der Blockfreien ein kommunistischer Staat Einfluß entfalten. Das Konferenzergebnis war jedoch ein Kompromiß auf der Basis des kleinsten Nenners. Die Konferenz offenbarte, daß man sich wohl über die nächsten politischen Ziele in Europa und über eine antikapitalistische Grundhaltung noch zu einigen ver-

mochte, daß aber über die Fragen des Weges zum Sozialismus sowie seines Aufbaus neue Modelle legitimiert wurden, die von der reinen Lehre erheblich abweichen. Die innere Entwicklung im europäischen Kommunismus wird interessanter. Unterschiedliche Kommunismusva-

rianten werden in Europa miteinander koexistieren, ohne freilich in den abgesteckten Einflßbereichen gegeneinander zu agieren. Die Herausbildung eines differenzierten Kommunismusbildes wird Voraussetzung für eine erfolgreiche Auseinandersetzung sein.

Kurzinformationen

Papst Paul VI. beklagte sich über die mangelnde Verwirklichung der Menschenrechte in weiten Teilen der Welt und die fehlende Verständigungsbereitschaft marxistischer Regierungen. Der Papst äußerte sich in einer Rede beim traditionellen Empfang für das Kardinalskollegium anläßlich seines Namenstages und des dreizehnten Jahrestages seiner Krönung (vgl. *Osservatore Romano*, 21./22. 6. 76). Ausdrücklich nahm er Bezug auf seine Rede im Konsistorium am 24. Mai 1976 (vgl. HK, Juli 1976, 377), deren Duktus er in der neuen Ansprache wieder aufnahm. Einmal mehr warnte Paul VI. vor entgegengesetzten extremen Haltungen, die die Einheit der Kirche gegenwärtig gefährden würden, ebenso wiederholte er seine Warnung vor einem „*mißverstandenen Pluralismus*“, die er diesmal besonders in Richtung der Pluralität politischer Optionen in der Kirche spezifizierte. Die Anstrengungen von Christen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation müßten immer in angemessener Weise koordiniert und in ihrer inneren Verbindung mit den Erfordernissen des Wohls der Kirche gesehen werden. Man müsse sich sowohl vor desengagierter Untätigkeit wie vor äußerlichem Aktivismus hüten. Neben der mangelnden Einheit in der Kirche nannte der Papst als besonders schmerzliche Tatsache das *Fehlen der Religionsfreiheit* „in gewissen Ländern“. Die Kirche setze zwar ihr Vertrauen in den Geist Gottes und nicht in die Hilfe staatlicher Macht und verlange deshalb für sich weder einen speziellen Schutz noch irgendwelche Privilegien. Sie bedürfe aber „gerechter Freiheit“, die sie für ihre Gläubigen wie für alle Menschen verlange, „im Namen der unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person, ihrer Würde und ihrer göttlichen Berufung . . ., die ihr weder die Gesellschaft noch der Staat nehmen kann“. Der Papst bedauerte, daß einzelne Nationen entgegen ihren Absichtserklärungen in nationalen und internationalen Dokumenten die Gesetzgebung und die staatliche Praxis nicht am Prinzip der Menschenwürde orientieren. „Zahlreich sind die Fälle von Beschränkung, von ungenügender Verwirklichung und oft genug von offener Ungerechtigkeit, die denunziert und beklagt werden müssen.“ Er erinnere daran – so fuhr Paul VI. fort –, schon um den Eindruck zu vermeiden, der Heilige Stuhl habe das vergessen oder im Lauf der Jahrzehnte akzeptiert, vor allem aber, um den betroffenen Katholiken zu zeigen, „daß uns ihre Treue und ihre verborgenen Leiden nicht unbekannt sind“. Der Papst erwähnte auch die Schwierigkeiten der Missionare, die wegen ihrer Herkunft aus fremden Ländern in ihrer pastoralen Arbeit behindert werden. Unmittelbar im Anschluß daran nannte Paul VI. als charakteristisches Phänomen der jüngsten Geschichte der Beziehungen von Kirche und Staat die Tatsache, daß in zahlreichen Regionen der Welt politische Kräfte an die Macht gekommen seien, „deren ideologische Basis und deren praktisches Programm die Befreiung der Menschheit von

dem ist, was sie religiöse Entfremdung nennen“. Er wolle zwar – so der Papst weiter – keine Bilanz der Versuche des Dialogs und der Verhandlungen mit diesen Staaten ziehen, er müsse aber öffentlich seinem Schmerz darüber Ausdruck geben, daß ein großer Teil der marxistischen Regime nicht nur zu keiner Verständigung, sondern nicht einmal zu Kontakten mit dem Apostolischen Stuhl bereit sei. Paul VI. sprach die Hoffnung aus, daß sich „zur richtigen Zeit neue Wege und Begegnungen ergeben, die unserer Überzeugung und unseren Absichten nach nicht nur zum Wohl der Kirche wären, sondern auch zu einer Zusammenarbeit in den großen Menschheitsproblemen führen könnten, die alle Völker der Erde in Furcht, Hoffnung und Verantwortung verbinden“.

Die neue Besetzung der „Gemischten Arbeitsgruppe“ der katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates wurde am 1. Juli gleichzeitig in Genf und in Rom bekanntgegeben (EPS, 1. 7. 76). Der gemeinsame Ausschuß war im Jahr 1965 geschaffen worden, um eine bessere Verständigung, Koordination und soweit möglich auch praktische Kooperation zwischen der katholischen und den im Ökumenischen Rat vereinigten Kirchen zu ermöglichen. Ferner gehört zu seiner Aufgabe die gemeinsame Urteilsbildung über den Stand der Entwicklung der ökumenischen Bewegung. Der Arbeitsbericht des bisherigen Ausschusses war von der Vollversammlung des Weltkirchenrates – ebenso wie vorher von Rom – gebilligt worden (vgl. HK, Februar 1976, 98); ausdrücklich hatten sowohl Genf wie der Vatikan die Weiterarbeit empfohlen. Die Arbeitsgruppe wird in ihrer neuen Zusammensetzung im Oktober dieses Jahres in den Niederlanden zum ersten mal zusammentreten. Ihr gehören je neun Vertreter der beiden Seiten an. Der Ökumenische Rat wird vertreten von: *Brigalia Bam*, Moderatorin des Arbeitsausschusses des ÖRK für Erziehung und Erneuerung; *Protopresbyter Vitaly Borovoy* von der Theologischen Akademie der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau; *Chrysostomos Konstantinidis*, dem griechisch-orthodoxen Metropoliten von Myra; *C. I. Itty*, Moderator des ÖRK-Ausschusses für Gerechtigkeit und Dienst; *Eduard Lohse*, Landesbischof von Hannover und Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands; *José Miguez-Bonino*, einem der Präsidenten des Weltkirchenrates; *Henry Okullu*, anglikanischer Bischof von Kisumu/Kenya; der Generalsekretärin des Nationalen Kirchenrates der Vereinigten Staaten, *Claire Randall*, und vom Leiter der Genfer Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, *Lukas Vischer*. Die neun Mitglieder auf katholischer Seite sind: vom Vatikanischen Einheitssekretariat dessen Vizepräsident *Erzbischof Ramon Torella Cascante* sowie Untersekretär *P. Pierre Duprey* und Msgr. *Basil*